



Geschäftsführung Bauausschuss

Frau Weber

Telefon: (0221) 221 - 22443

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: simone.weber@stadt-koeln.de

Datum: 02.09.2019

Niederschrift

über die **33. Sitzung des Bauausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 25.03.2019, 15:00 Uhr bis 15:19 Uhr (öffentlicher Teil) und 17:00 bis 17:01 Uhr (nichtöffentlicher Teil), Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Martin Schoser	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD
Herr Jürgen Kircher	SPD
Frau Erika Oedingen	SPD
Frau Anna-Maria Henk-Hollstein	CDU
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Christtraut Kirchmeyer	FDP
Herr Horst Thelen	GRÜNE i. V. für SB Klemm

Beratende Mitglieder

Herr Ahmet Altinova	KL
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Nikolai Dahlmanns	auf Vorschlag der SPD
Herr Rudolf Reiferscheid	SPD
Herr Lutz Tempel	SPD
Frau Lisa Schopp	auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Werner Eggert	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Herr Andreas Bischoff	auf Vorschlag von der CDU-Fraktion

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Herr Wolfgang Behrisch	Gebäudewirtschaft
Frau Stephanie Brans	Gebäudewirtschaft
Frau Angelika Döpfer	Amt für Schulentwicklung

Herr Michael Gräbener	Amt für Schulentwicklung
Herr Beigeordneter Markus Greitemann	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
Frau Susanne John	Gebäudewirtschaft
Frau Sandra Kißmann	Gebäudewirtschaft
Herr Josef Ludwig	Amt für Wohnungswesen
Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft
Frau Astrid Schüßler	Gebäudewirtschaft

Schriftführerin

Frau Simone Weber	Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen
-------------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Ralf Klemm	GRÜNE
-----------------	-------

Beratende Mitglieder

Herr Roger Beckamp	AfD
Herr Joachim Kuschewski	auf Vorschlag der CDU
Herr Andreas Michalak	FDP

Vorsitzender Dr. Schoser eröffnet die 33. Sitzung des Bauausschusses, begrüßt die Anwesenden und informiert, dass keine Nachträge zur Tagesordnung hinzugekommen sind.

Weiterhin macht er darauf aufmerksam, dass zu TOP 5.1 als Tischvorlage Anlage 6 – Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes - vorliegt.

Als Gäste sind angekündigt:

Herr Ludwig vom Amt für Wohnungswesen zu TOP 5.1.

Zu TOP 7.1 kann kein Vertreter der Verwaltung an der Sitzung teilnehmen. Evtl. Nachfragen zu der Mitteilung müssten daher schriftlich beantwortet werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen von Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 4 Entscheidungen (Beschlussorgan Ausschuss Bauen und Wohnen)**
- 5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 5.1 Umwandlung der städtischen Notunterkunft Bonner Straße 478, 50968 Köln-Marienburg in eine Regelunterkunft zur Unterbringung von Geflüchteten - Baubeschluss
3870/2018
- 6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 7 Mitteilungen**
- 7.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0340/2019
- 8 Mündliche Anfragen**
- 8.1 Mündliche Anfrage von RM Kockerbeck betr. "Gutachten zum Kalkberg"

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 Geschäftsordnung des Rates**

- 11 **Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**
 - 12 **Entscheidungen (Beschlussorgan Ausschuss Bauen und Wohnen)**
 - 13 **Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
 - 14 **Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
 - 15 **Mitteilungen der Verwaltung**
 - 16 **Mündliche Anfragen**
-

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

- 1 **Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 2 **Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 3 **Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen von Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 4 **Entscheidungen (Beschlussorgan Ausschuss Bauen und Wohnen)**
- 5 **Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 5.1 **Umwandlung der städtischen Notunterkunft Bonner Straße 478, 50968 Köln-Marienburg in eine Regelunterkunft zur Unterbringung von Geflüchteten - Baubeschluss
3870/2018**

Herr Ludwig, Leiter des Amtes für Wohnungswesen, erläutert die Vorlage.

SE Schopp möchte wissen, ob Pläne zu dem Vorhaben vorgelegt werden können. Zudem fragt sie nach, was mit Küche und Speisesaal im Erdgeschoss geschehen wird und nach einem Konzept für das Gesamtgebäude. Weiterhin spricht sie sich dafür aus, auf den Stockwerken Pantryküchen bzw. Gemeinschaftsräume vorzusehen. Unter Bezugnahme auf die Aussage auf Seite 3 der Vorlage „...Die maximale Kapazität der Unterkunft reduziert sich durch den Wegfall der 6 Bewohnerzimmer auf 176 Plätze, wobei von einer tatsächlichen Belegung mit etwa 120 Personen auszugehen ist.“ erbittet sie eine Auskunft dazu, warum nicht voll belegt werde.

RM Halberstadt-Kausch begrüßt die spätere Nutzung möglicherweise als Studentenwohnen. Darüber hinaus fragt sie nach, ob die Umbauten im laufenden Betrieb stattfinden können oder ob eine Auslagerung der dort wohnenden Geflüchteten nötig ist.

RM Henk-Hollstein zeigt sich irritiert über die im RPA-Bericht angeführten und ihres Erachtens überproportional hohen Planungskosten im Vergleich zu den Baukosten (43%).

Herr Ludwig greift die Fragestellungen und Anmerkungen auf. Er führt aus, dass im Erdgeschoss Gemeinschaftsräume für Geflüchtete bzw. perspektivisch für Studentisches Wohnen geplant seien. Pläne seien vorhanden und könnten zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden. Pantryküchen seien aus Brandschutzgründen nicht möglich. Bezogen auf die Frage einer Maximalbelegung erklärt Herr Ludwig, dass bereits in der Vergangenheit von einer maximalen Belegung abgesehen worden sei, da insbesondere auch für Geflüchtete mit psychischen Problemen Zimmer zur Einzelbenutzung bereitgehalten werden müssten.

Ein Umbau im laufenden Betrieb sei möglich, da derzeit nur etwa 80 Personen in dem Objekt untergebracht seien. Zum Vergleich Planungskosten/Baukosten erläutert Herr Ludwig, dass zum einen die Umbaukosten relativ gering ausfallen, zum anderen aber eine Nutzungsänderung mit damit einhergehenden umfangreichen Vorplanungen vonnöten sei; hierfür sei externe Hilfe durch einen Fachplaner eingekauft worden.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Ausschuss Soziales und Senioren, wie folgt zu beschließen:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beauftragt die Verwaltung mit dem Umbau und der Nutzungsänderung der bisherigen städtischen Notunterkunft zur Unterbringung von Geflüchteten an der Bonner Straße 478-482, 50968 Köln-Marienburg, Gemarkung, Flur, Flurstücke 286 und 287 in eine Regelunterkunft für Geflüchtete mit eigenständiger Versorgung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

7 Mitteilungen

7.1 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht; Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0340/2019

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Mündliche Anfrage von RM Kockerbeck betr. "Gutachten zum Kalkberg"

Unter Bezugnahme auf Presseberichterstattung zum Kalkberg bittet RM Kockerbeck die Verwaltung um Auskunft, ob es zutreffend sei, dass die Oberbürgermeisterin und der Stadtdirektor noch vor der Sommerpause einen Beschluss zum Hangar herbeiführen möchten. Zudem bittet er um Bestätigung, ob sich die Verwaltung tatsächlich Anfang Mai zum Sachstand der Sanierung des Kalkbergs offiziell äußern wird. Er gehe davon aus, dass der Verwaltung Gutachten vorliegen und er fragt nach, warum diese Gutachten nicht veröffentlicht werden und ob es möglich ist, diese Gutachten schnellstmöglich zu veröffentlichen, damit der Rat und die Öffentlichkeit diese Gutachten auch studieren können.

Sofern es zutrefte, dass Gutachten vorhanden, aber noch nicht bekannt gegeben worden sind, wäre hiermit aus seiner Sicht eine Missachtung des Rates gegeben.

Vorsitzender Dr. Schoser macht darauf aufmerksam, dass es sich hierbei primär um eine Angelegenheit im Zuständigkeitsbereich des Gesundheitsausschusses handle.

Beigeordneter Greitemann teilt mit, dass eine schriftliche Stellungnahme nachgereicht wird.

Hinweis: Eine Stellungnahme der Verwaltung erfolgt unter der Vorlagen-Nummer 1641/2019 zur Sitzung des Bauausschusses am 13.05.2019.

gez. Dr. Martin Schoser
(Ausschussvorsitzender)

gez. Simone Weber
(Schriftführerin)